

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis vierteljährlich 3.50 Mk. monatlich 1.10 Mk.
rückwärtig 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 21. Januar 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die lechgebaltene Annon-
ze über deren Raum 60 Pfg. für
kollektive und gewerkschaftliche Verbands-
und Besetzungs-Anzeigen 30 Pfg.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Luftangriff auf englische Küstenplätze.

Die Aktion der deutschen Luftschiffe.

London, 20. Januar. (W. T. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Gestern Abend um 10 Uhr erschien ein feindliches Luftschiff über Plymouth, das 10 Minuten über der Stadt blieb und 5 Bomben abwarf.

London, 20. Januar. (W. T. B.) Der in Plymouth durch die Bombenwürfe des Luftschiffes angerichtete Schaden wird amtlich auf mehrere tausend Pfund Sterling geschätzt, der Schaden an Fensterscheiben allein auf 100 Pfund.

London, 20. Januar. (W. T. B.) Die „Times“ melden aus Plymouth, daß die meisten Einwohner sich bei der Ankunft des Luftschiffes in den Häusern befunden hätten; an den öffentlichen Gebäuden sei wahrscheinlich wenig Schaden angerichtet worden.

Nach einer weiteren Meldung des Blattes seien in London für die letzte Nacht Hülfsschuleleute einberufen und die Feuerwehre für alle Fälle bereitgehalten worden.

Eine Feststellung des holländischen Marinestabes.

Haag, 20. Januar. (W. T. B.) Der Chef des Marinestabes teilt mit, daß die Luftschiffe, die gestern auf den nördlichen Inseln sichtbar waren, sich nicht auf niederländischem Gebiet bewegt hätten, sondern über der See in beträchtlichem Abstände von der Küste geflogen seien.

Londoner Vorbereitungen gegen einen Luftangriff.

London, 20. Januar. (W. T. B.) Die Polizei erhielt folgende Instruktionen für den Fall eines Luftangriffs: Jeder Schuttmann, der Zeuge einer Bombenexplosion ist, hat sofort das Alarmzeichen zu geben und, wenn nötig, die Feuerwehre zu rufen sowie möglichst rasch die nächste Volkspolizei station zu verständigen.

Westlicher Kriegsschauplatz. Der französische Tagesbericht.

Paris, 19. Januar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von 3 Uhr nachmittags. In Belgien herrschte Schneesturm. Es fand eine zeitweilig aussehende Kanonade statt. Schnee fiel auch im Gebiete von Arras, wo unsere schwere Artillerie die feindlichen Batterien mehrmals zum Schweigen brachte.

Deutsche Luftschiffe über Englands Ostküste.

Amtlich. Berlin, 20. Januar. (W. T. B.) In der Nacht vom 19. zum 20. Januar haben Marineluftschiffe einen Angriff gegen einige befestigte Plätze an der englischen Ostküste unternommen. Hierbei wurden bei nebligem Wetter und Regen mehrfach Bomben mit Erfolg geworfen.

Der stellvertretende Chef des Admiralstabes. gez. Behncke.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers. Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. Januar 1915. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Im Abschnitt zwischen Küste und Lys fanden nur Artilleriekämpfe statt.

Bei Notre Dame de Lorette nordwestlich Arras wurde dem Feinde ein 200 Meter langer Schützengraben entzogen, dabei sind zwei Maschinengewehre erbeutet und einige Gefangene gemacht.

In den Argonnen nahmen unsere Truppen einige feindliche Schützengräben, an einer Stelle betrug unser Geländegewinn der letzten Tage wieder 500 Meter.

Im Walde nördlich Sennheim schritt unser Angriff auf fort, der Hirzstein wurde genommen, 2 Offiziere, 40 Alpenjäger wurden gefangen genommen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die Lage im Osten ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 20. Januar. (W. T. B.) Amtlich wird veröffentlicht: 20. Januar 1915:

Die allgemeine Lage ist unverändert. An der Front in Polen fanden, abgesehen von Patrouillengefechten, nur Artilleriekämpfe statt.

Am Dunajec beschoß unsere Artillerie mit Erfolg Abschnitte der feindlichen Infanterielinien und erzwang die Räumung eines stark besetzten Weichhofes. Eine eigene Abteilung drang bis an den Fluß vor, brachte dem Gegner mehrere hundert Mann Verluste bei und zerstörte noch die vom Feinde eingebaute Kriegsbrücke über den Dunajec.

In den Karpathen nur unbedeutende Geplänkel.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs. von Hofer, Feldmarschallleutnant.

Es herrschte absolute Ruhe. Im Aisental östlich Soissons und im Abschnitt bei Reims fanden Artilleriekämpfe statt. Nördlich von Pont-a-Mousson eroberten wir neue Schanzarbeiten im Le Pretre-Walde, wo wie jetzt 500 Meter deutscher Schützengräben besetzt haben. In den Vogesen herrschte Schneesturm. Kanonaden fanden hauptsächlich bei Van-de-Sapt und im Abschnitt bei Thann statt.

Paris, 20. Januar. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern Abend: Es wurde kein bemerkenswertes Ereignis gemeldet.

Flucht der Bevölkerung aus Soissons.

Lyon, 19. Januar. (W. T. B.) „Nouvelles“ berichtet aus Paris: Flüchtlinge aus Soissons erzählten, daß sich nur noch 150 bis 200 Einwohner in Soissons befänden. Die Verproviantierung sei nahezu unmöglich. Weder Bäcker noch Schlächter seien mehr in Soissons.

Rumänien und der Krieg.

Bisher hat Rumänien, obgleich es von Rußland und von einem beträchtlichen Teil seiner eigenen Bevölkerung zum Kriege gedrängt wird, seine neutrale Haltung im jetzigen Bürgerkrieg gewahrt. Dennoch leidet auch dieses Land, wie so viele andere neutrale Staaten, schwer unter den Kriegswirkungen, im ganzen noch schwerer als die Schweiz, Holland und die skandinavischen Reiche, teils weil sein innerer wirtschaftlicher Aufbau weniger fest in sich zusammengefügt und vom Auslande abhängiger ist als der dieser Staaten, teils weil seine politischen Parteien eine sehr verschiedenartige Stellung zum Krieg und zu den kriegführenden Mächten einnehmen und sich selbst wegen dieser Stellungnahme bestig befehden.

Der Ministerpräsident Bratianu, ein Liberaler, glaubt, daß Rumänien am besten fährt, wenn es sich nicht an Rußland kettet, sondern eine Politik abwartender Neutralität verfolgt. Nicht alle Kabinettsmitglieder haben jedoch diese Ansicht. Der Finanzminister Coștinescu und einige andere Minister haben ausgesprochene Sympathien für Frankreich und Rußland und wünschen den Anschluß an die Tripleentente. Auch die liberale Partei nimmt keine einseitige Stellung ein. Der größere Teil, der besonders die Bedürfnisse des Großhandels, vornehmlich des Exports von Agrarprodukten, in Betracht zieht, befürwortet die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu den Zentralmächten, ein anderer Teil hält ein Zusammengehen mit Rußland für nützlich. Im ganzen hält sich jedoch die liberale Partei, da sie gegenwärtig am Ruder ist und auf die Haltung des Kabinetts Rücksicht nimmt, in ihren politischen Kundgebungen ziemlich zurück. Sie tritt für Wahrung der Neutralität ein. Größere Gegensätze herrschen in der konservativen Partei. Marghiloman, der Parteiführer, und ein Teil der älteren Mitglieder seiner Fraktion verfolgen eine ähnliche Politik wie Bratianu, der größere Teil aber unter Führung von Nicolae Filipescu fordern mehr oder minder entschieden den Anschluß Rumäniens an die Tripleentente. Die von Take Jonescu gegründete und geführte sogenannte konservativ-demokratische Partei ist sogar direkt russenfreundlich — in manchen Dingen russischer als die Russen selbst. Während sie das 1878 nach dem russisch-türkischen Kriege von Rußland seinem rumänischen Verbündeten abgenommene Bessarabien dem Zarreich als Angebinde überlassen will, verlangt sie, daß Oesterreich die Bukowina, Siebenbürgen und einige andere kleine Landstriche Ungarns an Rumänien abtritt. Die sozialistische Partei fordert dagegen ebenfalls Aufrechterhaltung der Neutralität.

Diese Streitigkeiten innerhalb der eigenen Bevölkerung haben die wirtschaftliche Unsicherheit, die sich als Folge der Kriegswirren einstellte, noch beträchtlich vermehrt und dazu kommen noch allerlei von der Regierung getroffene Ausfuhr- und Verkehrsbeschränkungen. Im Juli, besonders aber nach dem Kriegsausbruch im August und September, ergoß sich zunächst ein starker Export von Weizen, Weizenmehl, Gerste, Mais, Erbsen nach Oesterreich-Ungarn und Deutschland. Die Preise stiegen nach und nach für Weizen um 30 bis 40 Proz., und die Bauern wie die Getreidehändler machten gute Geschäfte. Da sich aber die Weizenernte um ungefähr 10 Millionen Hektoliter niedriger herausstellte, als in den vorausgegesehenen Jahren, verbot die Regierung, um für den Fall der Teilnahme an dem Krieg genügend Weizen im Lande zu behalten, die Ausfuhr von Weizen und Weizenmehl, ferner auch den Export von Hafer und Bohnen, obwohl Rumänien im letzten Jahre das Fünffache an Bohnen erzeugt hat, als es gewöhnlich gebraucht. Man wollte in jedem Fall Vorsorge für den Krieg treffen. Dagegen ist die Ausfuhr von Roggen, Gerste, Hirse, Mais und Hafer gestattet, aber im Vergleich zu früheren Jahren ziemlich unbedeutend, da die Regierung den Eisenbahnwagenpark für Mobilisationszwecke zurückhält und den Exporteuren nur in ganz geringem Maße Wagen für den Verkehr nach dem Auslande zur Verfügung stellt, so daß diese sich bei ihren Verfrachtungen hauptsächlich auf jene Wagen angewiesen sehen, die mit Einfuhrgut vom Auslande hereingekommen sind.

Und zu dieser Ausfuhrbeschränkung kommen noch verschiedene andere hinderliche Verfügungen, wie z. B. das Verbot der Ausfuhr von Säden. Rumänien aber ist doch Agrarstaat; seine Industrie ist im ganzen gering. Soll seine Wirtschaft nicht stocken, so muß der Boden gute Ernte bringen und der sich in diesem Fall ergebende reiche Ueberfluß an Landprodukten seinen Weg zu guten Preisen ins Ausland

nehmen. Da es jetzt daran fehlt, gerät die ärmere Bevölkerung in eine immer traurigere Lage. Die Arbeitslosigkeit in den Städten greift weiter und weiter um sich und der kleine Bauer geht dem Ruin entgegen, zumal im Gegenzug zu den Industrieerzeugnissen und manchen Lebensmitteln die Preise für Schlachtvieh sinken, denn um das Vieh im Lande zu behalten, hat die Regierung auch die Ausfuhr von Lebendvieh unterlagert.

Vielleicht könnte vermehrte Petroleumausfuhr wenigstens in bescheidenem Maße für den starken Rückgang des landwirtschaftlichen Exports Ersatz bieten, denn die Petroleumgewinnung Rumäniens hat in den letzten Jahren einen beträchtlichen Aufschwung genommen. Sowohl 1912 wie 1913 hat Rumänien über 1,8 Millionen Tonnen Erdöl produziert. Doch die Benzinausfuhr ist ebenfalls von der Regierung verboten, und die Petroleumausfuhr schrumpft infolge des beschränkten Frachtverkehrs und des Mangels an Eisenbahnwagen immer mehr zusammen, obgleich sich gerade jetzt Gelegenheiten böten, nach Ungarn und Deutschland große Petroleummengen abzuführen.

Und zu alledem kommt noch eine wesentliche Kredit-einschränkung. Die Nationalbank hat zwar mit den anderen Banken ein Abkommen getroffen, Schuldner, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können, die Schulden vorläufig zu stunden, um sie nicht zum Bankrott zu treiben, aber neue Kredite werden nur guten Kunden unter besonderen Bedingungen eingeräumt und was an Außenständen eintreibbar ist, wird eingetrieben. Der kleine Geschäftsmann erhält keinen Kredit, mag er ihn auch noch so nötig zur Fortführung seines Geschäftes gebrauchen.

So ist Rumänien in eine schlimme wirtschaftliche Lage geraten, zum Teil durch den Einfluss des Krieges selbst, viel leicht aber noch mehr, weil es meint, sich ständig zur Anteilnahme an den Vorkriegsbedingungen bereit halten zu müssen. Dieses ständige Bereithalten läßt nicht viel weniger seine wirtschaftlichen Kräfte, als es der Kampf selbst vermochte. Wenn sich Rumänien entschließen könnte, von jedem Eingreifen in die Kriegsbewertung abzusehen und unbedingt Neutralität zu bewahren, würde sich auch seine Wirtschaftslage weit günstiger gestalten.

Die „Humanité“ über die Kämpfe bei Soissons.

Paris, 20. Januar. (L. U.) Während die gesamte Vorber Presse infolge der Niederlage von Soissons in eine neue maßlose Hege gegen Deutschland und die deutschen Truppen verläßt, äußert sich die sozialistische „Humanité“ wie folgt: Die Affäre von Soissons muß uns zu einer Verdoppelung der Umsicht und Mäßigung belehren. Wir müssen Gegenwart und Zukunft mit Weisheit und lauten Worten ins Auge fassen und uns nicht täuschen lassen, weder durch verächtliche Zeugnisse, die Deutschland als militärisch und wirtschaftlich erschöpft hinstellen, noch durch Versicherungen der Stubenstrategen, die uns einen leichten Sieg versprechen. Gewiß wir brauchen nicht an dem Sieg zu zweifeln, aber mehr als je ist es angezeigt, an seiner Leichtigkeit zu zweifeln. Das ist die Moral der Affäre von Soissons.

Die „Times“ über die Lage bei Soissons.

London, 20. Januar. (W. L. B.) Die „Times“ melden aus Paris vom 18. d. M.: Der Feind verlor bei Soissons über die Aisne vorgedrungen, machte aber einen kräftigen Angriff auf das westlich davon gelegene Auzoy und auf Trohon im Osten. Das berechtigt zu dem Schluss, daß der Erfolg bei Soissons für die Deutschen keinen Wert hat, wenn sie nicht auch in den benachbarten Teilen der Front entsprechende Gewinne gewinnen. Die Deutschen bemühen sich offenbar, den Keil, den sie in die feindliche Linie getrieben haben, auszuweiten, um damit ohne Gefahr für die Flügel eine Forcierung des Rufes zu versuchen.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz. General Dakunin gefallen.

Moskau, 19. Januar. (W. L. B.) Nach einer Meldung des „Sokol“ ist der russische General Graf Dakunin während der heftigsten Kämpfe an der Derna Watra in der Bukowina gefallen.

Die polnische Legion im Felde.

Von Hugo Schulz.

Kriegspressquartier, 10. Januar.

Im folgenden will ich erzählen, was ich über die Entwicklung und über die Leistungen der polnischen Legion, dieser eigenartigen Freischützentruppe, habe erfahren können, die bekanntlich aus den Jungschützenvereinen des russisch-polnischen Sozialisten und Revolutionärs Bilsudski hervorgegangen ist und den stärksten moralischen Rückhalt an unseren polnischen Parteigenossen findet.

Als der Krieg ausbrach und die Schützenorganisationen zur Tat übergehen sollten, erhoben sich allerorten Schwierigkeiten und Bedenken, die nur durch eine kühne Tat überwunden werden konnten. In dieser entscheidenden Stunde schritt am 6. August nachts mit 1500 Jungschützen, die unter dem Vorwande einer Uebung ausgerückt waren, die russische Grenze. Die Freischär bestand zum allergrößten Teil aus ganz jungen noch nicht militärisch geübten Leuten, zum geringeren aus Männern, die ihre Militärpflicht hinter sich hatten. Einen sehr erheblichen Bruchteil allerdings, der sich später noch bedeutend vergrößerte, bildeten jene kampferprobten Männer, die, wie Bilsudski selbst, im Jahre 1908 vor den Schergen der Czarina (russische Geheimpolizei) hinter den schwarzgebeugten Grenzpfählen Zuflucht gesucht und gefunden hatten. Die polnische Gesellschaft verfolgte das Unternehmen Bilsudskis, das nicht lange geheim blieb, mit geteilten Empfindungen. Die Parteien der Linken, die sofort beschlossen, in den besetzten Gebieten eine lebhaft agitatorische Tätigkeit zu entfalten, stimmten mit begeistertem Jubel zu, die Parteien der Rechten gerieten in tiefe Verwirrung. Ihre Bedenken schienen auch in besessenen Wiener Kreisen Eindruck zu machen und Bilsudski sahne Initiative blieb ohne moralische Unterstützung. Sie wäre wohl am Ende auch ohne materielle Unterstützung geblieben, wenn nicht die militärischen Kreise ihren Standpunkt geltend gemacht und zu erkennen gegeben hätten, daß ihnen die Mitwirkung einer im polnischen Volke populären, schnellig geführten und von Begeisterung erfüllten Freischär ganz willkommen sei. So kam denn später wenigstens eine Art Kompromiß zustande, daß der Legion wohl reichlich Gelegenheit schuf, gegen die russische Armee zu kämpfen, ihr aber dafür die Möglichkeit wesentlich einschränkte, der Jugend Russisch-Polens den Weg zur Rettung zu zeigen.

Diese Möglichkeit war allerdings schon anfangs dadurch einigermaßen eingeschränkt, daß die Deutschen die hochentwickelten industriellen Gebiete Südwestpolens besetzt hatten. Für Bilsudskis Vorstoß kam zunächst nur die Straße nach Sjele in Betracht und damit gerade jene Gegend Kongreßpolens, deren Bevölkerung die geringste politische Konjunktur ist. Dennoch fanden die 1500 Jungschützen auf ihrem kühnen Vorstoß überall offene und geheime

Der Seekrieg. Die Tätigkeit der „Karlsruhe“.

Die Londoner Zeitung „Revue“ läßt sich aus San Juan auf Portorico melden, daß das deutsche Kriegsschiff „Karlsruhe“ immer noch ungehindert den Atlantischen Ozean durchfährt und im Verlauf der letzten 14 Tage nicht weniger als 11 Handelschiffe der Verbündeten versenkt habe.

Die Zahl der beschlagnahmten deutschen Handelschiffe.

London, 20. Januar. (W. L. B.) Der Jahresbericht der Londoner Versicherer gibt die Zahl der beschlagnahmten oder in Häfen zurückgehaltenen deutschen Schiffe mit 145 und einem Gesamttonnagegehalt von 1.004.826 Tonnen an. 505 deutsche und 50 österreichische Schiffe suchten in neutralen Häfen Zuflucht. Bei Ausbruch des Krieges wurden 79 britische Schiffe mit 172.988 Tonnen, die sich damals in deutschen Häfen befanden, aufgehalten. 45 britische Schiffe von langer Fahrt mit 200.856 Tonnen — Fischdampfer nicht eingerechnet — wurden seither von deutschen Kriegsschiffen weggenommen.

Auf eine Mine gestossen.

Amsterdam, 19. Januar. (W. L. B.) Die Blätter melden aus Stellingen: Heute mittag ist auf der See bei der Höhe von Nieuweduis eine zur Marine gehörige Motorhaluppe auf eine Mine gestossen. Diese explodierte. Das Fahrzeug mit seinen fünf Besatzungen, einem Offizier und fünf Gemeinen, wurde weit fortgeschleudert. Von den fünf Offizieren des Unglücksfalles wurden nur einzelne Körperteile gefunden.

Der türkische Krieg.

Türkischer Erfolg gegen die Engländer.

Konstantinopel, 19. Januar. (W. L. B.) Meldung des türkischen Hauptquartiers. Während eines nächtlichen Angriffs gegen die englischen Besatzungen am Schatt el Arab wurde der Feind überrollt. Er verlor 100 Tote und Verwundete. Eine englische Kavallerieabteilung versuchte in der Gegend bei Cora eine Abteilung unserer Infanterie zu überraschen. Der durch das Feuer eines Kanonenbootes auf unterstützte Angriff wurde mit großen Verlusten für die Engländer zurückgewiesen. Das Kanonenboot wurde gleichfalls gezwungen, sich zurückzuziehen.

Die Friedens-Konferenz in Kopenhagen.

(Von unserem Korrespondenten.)

Die Verhandlungen am Montag, dem zweiten Tage der Konferenz, begannen mit der Verlesung mehrerer im Laufe des Sonntags eingelaufener Telegramme, z. B. von der sozialdemokratischen Partei in Italien, von der Kreis-Konferenz Smaalsands (Schweden), von dem russischen Organisationskomitee in Zürich usw.

Im Anschluß an seine Einleitungsrede machte Stauning noch eine Reihe von Bemerkungen über den Anlaß zu dieser Konferenz und deren Grundlage. Er legte darauf einen Entwurf zu einem Manifest vor. Nachdem Wibaut, Troelstra und Branting sich über diesen Entwurf geäußert, wurde er zur sektionsweisen Behandlung den Delegierten übergeben.

Die Konferenz, welche darauf wieder zusammentrat, setzte nun ihre Verhandlungen fort, bis ein aus vier Delegierten bestehender Redaktionsausschuß die endgültige Fassung der Resolution erledigt hatte. In diesen Ausschuß wurden die Genossen Stauning, Magnus Nielsen, Troelstra und Branting, mit Vorgeberg als Sekretär gewählt. Dieser Ausschuß schlug eine Resolution vor, in der es u. a. heißt:

„Die sozialdemokratische Konferenz in Kopenhagen, welche Vertreter aus Holland, Schweden, Norwegen und Dänemark um-

faßt, hat ebenso wie vorher schon die Sozialdemokratie der Schweiz und Italiens sich veranlaßt gefühlt, sich zu versammeln, um sich über die herrschenden Zustände zu beraten, der Stimmung innerhalb der Arbeiterklassen ihrer Länder Ausdruck zu geben, und um die internationale Solidarität während der gegenwärtigen Krise aufrecht zu erhalten.“

In diesem Sinne werden eine ganze Anzahl Forderungen aufgestellt, die im wesentlichen den Beschlüssen des Kopenhagener Internationalen Kongresses von 1910 entsprechen:

Nach Annahme dieser Resolution legt die Konferenz folgenden Protest ein gegen die Verhaftung von fünf russischen Duma mitgliedern:

„Die sozialdemokratische Konferenz in Kopenhagen erklärt, daß fünf Mitglieder der russischen Duma, welche zusammengetreten sind, um einen Bericht für diese Konferenz auszubereiten, aus diesem Anlaß verhaftet worden sind. — Die Konferenz spricht ihre Sympathie aus für diese fünf Genossen und erhebt den schärfsten Protest gegen eine solche Handlungsweise gegenüber den gesetzlichen Vertretern der Arbeiterklasse.“

Weiter beschloß die Konferenz: „Der Sozialdemokratie in den neutralen Ländern wird anheimgegeben, in ihren Parlamenten oder auf eine andere geeignete Weise sich an ihre Regierungen mit dem Ersuchen zu wenden, in Erwägung ziehen zu wollen, wie weit dieselben einzeln oder gemeinschaftlich mit Aussicht auf Erfolg den freisetzenden Mächten ihre Vermittlung zur Erzielung eines baldigen und dauernden Friedens anbieten dürfen.“

Nachdem der Vorschlag betr. Einberufung eines internationalen Kongresses und einer größeren Konferenz dem Internationalen sozialistischen Bureau überwiesen worden war, wurde die Konferenz mit Schlussworten von Troelstra, Branting, Magnus Nielsen und Stauning, sowie mit Gurrarufen auf die Internationale geschlossen.

Bildung eines neuen Balkanbundes.

Mailand, 20. Januar. (L. U.) Der römische Korrespondent des „Corriere della Sera“, der Beziehungen zu dem bulgarischen Gesandten Nizow hat, schreibt, es sei sicher, daß Genadiew seine Reise auf Rom beschränke, was ihr eine besondere Bedeutung verleihe. Genadiew und Nizow, beide aus Konstantinopel, beide vielleicht die marxistischsten Vertreter des bulgarischen Freidentums, verfechten die Wiederabtretung eines Teiles von Mazedonien als Vorbedingung zur Bildung eines neuen Balkanbundes. Eine Einigung zwischen Bulgarien einerseits und Rumänien, Serbien andererseits sei erreichbar. Serbiens Widerstand gegen eine Gebietsabtretung an Bulgarien sei insbesondere in der letzten Zeit erheblich schwächer geworden, dagegen sei Griechenland absolut unverföhlich und widersehe sich namentlich dem Uebergang Konstantinopels an Bulgarien. Auch die albanische Politik Griechenlands sei zweideutig.

Die Drangsalierung Finnlands.

Kopenhagen, 19. Januar. (W. L. B.) Nach russischen Zeitungsmeldungen hat der Gouverneur von Wiborg den Bürgermeister von Wilmanstrand Limonen mit 6000 M. und die Ratsherren Gokal und Veltonen mit je 3000 M. bestraft, weil sie sich geweigert hatten, ihre Stellen für bekannt zu erklären, die ihnen durch russische in Finnland ungesetzliche Urteile weggenommen worden waren.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Stockholm: Maßgebende finnische Persönlichkeiten haben unserem Korrespondenten versichert, daß die seit zwei Monaten mit erneuter Kraft einsetzende russische Gewaltpolitik eine nicht zu unterschätzende Umwandlung der Stimmung in Finnland bewirkt habe. Die gleichen Vertrauensmänner, die unserem Korrespondenten bei Ausbruch des Krieges sagten, daß die finnische Bevölkerung einem deutschen Einmarsch ohne Parteinahme für oder wider gegenüberstehen würde, erklären heute, man könne bei einem Einmarsch der Deutschen bestimmt auf eine Volkserhebung rechnen. Da auch der mongolische Teil der finnischen Bevölkerung, erbittert über die russischen Gewaltmaßnahmen, aufs äußerste gereizt sei.

Südafrika und der Krieg.

Kapsstadt, 20. Januar. (Meldung des Amerikaner Bureau.) Sir Thomas Smartt, der Führer der Opposition im Parlament der südafrikanischen Vereinigung, erklärte

Sympathien und überall — besonders in der Schusterstadt Pietermaritzburg — einen Teil der Jugend bereit, sich anzuschließen. Im Gefolge der marschierenden Jungschützen war die polnische sozialdemokratische Abgeordnete Dabynski, Koraczewski und Kieniewicz, der erstere, indem er die besetzten Ortschaften zu politischen Stützpunkten der Befreiungsbewegung machte, die beiden anderen, indem sie die Befreiung des Jungschützenkorps organisierten und eine Art Stappendienst einrichteten. Koraczewski ist auch heute noch der Intendant des Bilsudskischen Regiments, er versteht seinen Dienst mit erstaunlicher Umsicht unter oft außerordentlich schwierigen Verhältnissen und hat dabei auch noch wiederholt in der Feuerfront seinen Mann gestellt.

Schon am 18. August erreichte die kühne Freischär, die sich inzwischen durch Nachschübe und durch Zugänge aus Russisch-Polen auf 2000 Mann verstärkt hatte, die Stadt Sjele, wo sie sofort alle politischen Gefangenen befreite und die Amtsgefängnisse besetzte. Drei Stunden später kamen die Russen mit Maschinengewehren und Geschützen. Die bloß mit Revolver-Gewehren bewaffneten Jungschützen nahmen den ungleichen Kampf auf. Ihnen zur Seite stand nur die Radfahrabteilung Berliner Deutschmeister, die sich sofort mit den polnischen Jünglingen in unruiger Waffenüberdrehung zusammenschloß und mit ihnen gemeinsam die Feuerlinie empfing. Die jungen Leute kämpften tapfer und schnell, der Mangel an Artillerie veranlaßte sie aber, alsbald die Stadt langsam zurückgehend zu räumen und Stellung auf einem Hügel zu nehmen. Auch dort konnten sie sich nicht behaupten und sie gingen vor der gewaltigen Uebermacht — sie hatten eine ganze Brigade gegen sich — bis an die Riba zurück. Dort kam es am 15. August zu einem zweiten Zusammenstoß. Die jungen Leute hatten sich rasch an das Artilleriefeuer gewöhnt und als sie wahrnahmen, daß ihre alten Revolver-Gewehre an Wirkung dem russischen Repetiergewehr nicht allzu sehr unterlegen waren, leisteten sie nicht bloß tapferen Widerstand, sondern gingen alsbald auch zur Offensive über, die allerdings erst als einige Abteilungen Heeresinfanterie nebst einer Batterie eingriffen, durchschlagenden Erfolg hatten. Die Russen räumten fluchtartig zurückziehend die Stadt Sjele und Bilsudskis Scharen zogen nun, von der Bevölkerung freundlich begrüßt, wieder ein, um sich nur für drei Wochen festzusetzen. Diese Zeit nutzten sie nicht bloß politisch, sondern auch militärisch aus, indem sie sich nun auch eine Kavallerie schufen. Der Schwärmer und Anführer dieser Reitertruppe, die anfangs bloß aus 6 Mann bestand, ist der sozialistische Revolutionär gemeinsam mit Bilsudski aus Rußland entflohenene Wle:na. Diesem polnischen Hühner gelang es, binnen wenigen Tagen 2 Eskadronen Reiter aufzustellen, die in ihren schmutzigen historischen Uniformen mit der vieredigen Schwarz-Weiß-Uniform versehen, aber sich, auch trotz aller Mängel der Ausbildung, als kühne, schnellig und überaus gewandte Kämpfer bewährten haben, denen es bei mancher wilden betrogenen Jagd gelang, den Russen ein oder zwei wertvolle Erkundungen zu erbeuten. Es sind meistens 18 und 19-jährige Jünglinge, aber auch mancher ältere Mann, der schon das Landsturmmarsch über-

schritten hat, sich da noch mit zu Pferde. Einige hervorragende Künstler und Schriftsteller sind darunter, so der Dichter Strowski und der Publizist Strug.

Die Erfolge Bilsudskis bei Sjele gaben in Ostgalizien einen mächtigen Antrieb und von allen Seiten strömte die Jugend zusammen, um sich in die Freikorps einreihen zu lassen. Es schien alsbald geboten, diesen eine einheitliche Organisation zu geben, und so erfolgte dann am 9. September die Bildung der polnischen Legion. Sie sollte aus 4 Regimentern bestehen, aber da schon wenige Tage später die östgalizischen Druschinen (Kampfscharen) aufgelöst worden waren, kamen nur drei Regimente zustande. Allerdings sehr starke Regimente, denn die polnische Jugend Ostgaliziens strömte trotz aller Nachschüssen in heißen Haufen herbei. Es blieb aber bei den drei Regimentern, nur daß das Bilsudskische Freikorps dermaßen verstärkt wurde, daß es eigentlich eine selbständige Brigade der polnischen Legion bildet. Die Legionäre schworen den Landsturmeid und erzielten hierauf eine den Landsturmmeldungen entsprechende Organisation. Die Rangabstufungen sind dieselben wie in der Armee, nur sind sie nach der Funktion genannt und nicht nach der Charge. Es gibt z. B. keinen „Kapitän“, sondern bloß einen „Kompaniekommandanten“, Bilsudski ist nicht Generalmajor, sondern einfach „Brigadier“. Von den Heeresoffizieren, die sich schon früher für die Bewegung interessiert hatten, wurden nur sechs in der Legion gelassen, darunter Oberleutnant Schiforski, der nun als Chef der Militärsektion des Legionärverbandes die organisatorischen Arbeiten leitet. Nach und nach wurden dann den Regimentern einige Heeresoffiziere polnischer Nationalität als Instruktoren überwiesen. Die große Masse der Legionsoffiziere aber erwuchs aus den Reihen der Legion selbst und es gibt derzeit in einem entlegenen Karpatenbinnenland, das ich kürzlich besuchte, eine eigene Instruktionschule, die binnen kürzester Frist fertige Führer liefert. Daß es dabei mit rechten Dingen zugeht, davon habe ich mich überzeugen können. Aber auch die vom Oberkommando zur Inspizierung entsandten Generalstabs-offiziere scheinen davon überzeugt zu sein, denn sie haben sich durchweg anerkennend geäußert. Den improvisierten Offizieren und Unteroffizieren ist ihre Aufgabe freilich insofern erleichtert, als sie es mit einer hervorragend eifrigen und der Sache mit Begeisterung ergebenden Mannschaft zu tun haben, die sich selbst diszipliniert und mit ihrer Organisation, auf Solidarität gegründeten Manneszucht in alle Anforderungen des Dienstes rasch einleibt. Man darf nicht etwa glauben, daß es dabei bequem und lässig zugeht, es ist schon dafür gesorgt, daß sich das Gefüge nicht lockert. Bei Rodztrug sah ich kürzlich eine kleine Abteilung der Bilsudskischen Brigade, die sich eben zum Abmarsch formierte. Rauterstramme hochgewachsene Jünglinge, an der Spitze aber ein älterer Mann von gedrungener, jedoch fast zwerghafter Erscheinung. Der hatte wohl bei seiner unzulänglichen Körpergröße niemals beim Militär gedient, aber trotzdem hätte der alte Exercierplatz-Routinier seine Freude daran gehabt, wie er „herstellen“ ließ, als die Doppelreihenwendung nicht gleich klappte.

im Namen seiner Partei, der Aufruf Sothas an beide Nationalitäten zum Kampfe gegen Deutsch-Südwestafrika müsse alle Parteirücksichten überwinden. Smartt wandte sich ferner gegen den Versuch, gerade vor dem Angriffszug gegen Deutsch-Südwest zwischen den Völkern und den regierungstreuen Buren Zwietracht zu sät. Es sei eine unvorsichtige Torheit, (1) den Absichten und der Politik der Regierung Sothas zu misstrauen, welche stets die Frage eines Bündnisses gegen Deutsch-Südwest ehrlich dem Lande dargelegt habe, sowohl was die Interessen Südafrikas, wie die Loyalität der Union zum britischen Kaiser anbelange. Wenn die Union nicht selbst gegen Deutsch-Südwest vorgehe, würden andere Teile des Reiches eingreifen. Jeder Südafrikaner britischer Herkunft müsse sich über die Unfähigkeit, Ungerechtigkeit und Undankbarkeit (2) klar sein, den schicksalgeheimen Urhebern des Aufstandes Gelegenheit zu dem Vorwande zu geben, daß sie der Regierung misstrauten.

Kriegsunlust in Portugal.

Wien, 20. Januar. (W. Z. V.) Das „Wiener Tagblatt“ hat von zuverlässiger Seite folgende Nachrichten aus Lissabon erhalten: Am 20. und 21. Dezember herrschte in allen Kasernen Portugals heller Aufruhr, der sich auch auf die Straßen fortspang, als weitere Truppenteile nach den afrikanischen Kolonien verladen werden sollten. Tatsächlich hatten diese Truppen niemals die Bestimmung, nach Ägypten zu gehen, wie das Volk behauptete, sondern sollten nach den Kolonien gebracht werden. Die Vollmenge verhinderte die Einschiffung der Truppen, während auch die Offiziere sich anscheinend nicht die geringste Mühe gaben, den Widerwillen der Mannschaften gegen den Krieg zu beschmälern. Trotz aller Energie vermochte die Regierung kaum weitere 7000 Mann früherer Truppen aufzubringen, da der größte Teil der Besatzungen das Land fluchtartig verlassen hat.

In den portugiesischen Gewässern gebärdet sich die englische Flotte seit längerer Zeit als unumschränkte Herrin. Dem Ministerium Coutinho scheint keine lange Dauer beschieden zu sein. Infolge der geringen Einfluß- und Ausübungsmöglichkeiten sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes die denkbar traurigsten.

Italien gegen den Krieg.

Rom, 13. Januar. (W. Z. V.) Als der Adokat Romaldi in Bezug einen Vortrag beginnen wollte, der von Anhängern einer Intervention Italiens veranlaßt wurde, wurde er vom Publikum unter Ausruf „Nieder mit dem Kriege“ daran verhindert. Es kam zu Tätlichkeiten. Die Anhänger einer Intervention mußten sich zurückziehen. Als gestern ebenfalls Parteigänger einer Intervention in Genua eine Kundgebung vor dem österreichisch-ungarischen Konsulat veranstalten wollten, wurden sie ebenso wie bei einem Versuch, vor dem deutschen Konsulat zu demonstrieren, von den Carabinieri vertrieben und fünf von ihnen verhaftet.

Ein Telegramm des Mikado an den Papst.

Rom, 20. Januar. (L. U.) Der „Osservatore Romano“ veröffentlicht den Text des Telegramms, das der Mikado dem Papste in Beantwortung des Vorschlags, den Austausch selbstuntätiger Kriegsgefangener betreffend, gesandt hat. Der Mikado erklärt:

Wir stimmen von ganzem Herzen den menschenfreundlichen Wünschen Eurer Heiligkeit bei. Wir befehlen uns, zu versichern, daß auch Wir den lebhaftesten Wunsch haben, die Schrecken des Krieges nach Möglichkeit zu vermindern.

Gleichzeitig teilen wir Eurer Heiligkeit mit, daß augenblicklich kein einziger unserer Soldaten sich Kriegsgefangener in einem feindlichen Lande befindet, und geben die feierliche Versicherung ab, daß alle in Japan befindlichen feindlichen Kriegsgefangenen auf das Wohlwollendste behandelt werden und keinerlei Not zu leiden haben.

Die Lebensmittelteuerung in England.

London, 20. Januar. (W. Z. V.) Die Presse weist auf den merkwürdigen Gegensatz hin, daß einerseits die Lebensmittelpreise außerordentlich in die Höhe gehen und andererseits die Docks so mit Gütern aller Art überflutet sind, daß man in erster Verlegenheit ist, wie der Stauung abgeholfen werden könne. Akkumulieren können nicht genug Wolle bekommen, der Londoner Hafen aber strotzt von Wolle. Ähnlich verhält es sich mit anderen Artikeln. Die bestehende Organisation ist offenbar ganz unfähig, dem Bedarf gerecht zu werden. Die Schiffbesitzer haben die Docksarbeiter, denen sie Bequemlichkeit vorsetzen. Diese wieder schieben die Schuld auf die Schiffbesitzer und Kaufleute. Beide sind sich aber einig im Tadel der Hafendirektion. Letztere scheint in der Tat nicht so beweglich zu sein, wie man von ihr erwartet. Sie hat zwar die Zahl der beschäftigten Arbeiter vermehrt, vermag jedoch in die Arbeitsverteilung keinen einseitigen Zug zu bringen, so daß an manchen Stellen Arbeitslustige abgewiesen werden müssen, während an anderen nicht genug Hände gefunden werden können. Die Lösung dieser Frage ist angesichts der großen Ausdehnung der Londoner Hafenanlagen besonders schwierig.

Hervé für Freilassung der Zivilgefangenen.

Gustav Hervé tritt in seinem Blatt „Guerre Sociale“ für die Freilassung der in Frankreich internierten Zivilgefangenen ein. Er bezeichnet es als eine Schmach für Frankreich, Hunderttausende unschuldiger Menschen wie Verbrecher zu behandeln.

Eine Wehrsteuer in Rußland.

Paris, 19. Januar. (W. Z. V.) Der Petersburger Berichterstatter des „Temps“ meldet: Der russische Finanzminister hat dem Ministerrat einen Antrag über eine Kriegsteuer unterbreitet, wonach alle vom Militärdienst befreiten besteuert werden sollen. Diejenigen, die wegen eines körperlichen Gebrechens befreit werden, werden besteuert, wenn ihr Jahresverdienst 1000 Rubel übersteigt. Alle anderen werden besteuert, gleichviel welches Einkommen sie beziehen.

Baron Surian in Berlin.

Wien, 20. Januar. (W. Z. V.) Der „Neuen Freien Presse“ zufolge reist der Minister des Auswärtigen Baron Surian am Freitag nach Berlin ab zum Besuche des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg und des Staatssekretärs v. Jagow.

Eine Schwindelorganisation.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Die englischen Wähler veröffentlichen von Zeit zu Zeit telegraphische Meldungen aus Holland über angebliche Kundgebungen einer „Deutschen Reichsheiligtiga“, die sich „an die Arbeiter der Welt“ wendet und ihre Manifeste in einer Form abfaßt und mit Redensarten

operiert, die den Glauben erwecken sollen, daß die „Liga“ irgend- etwas mit der deutschen Sozialdemokratie oder auch nur mit deutschen Sozialdemokraten zu tun habe. Es mag am Platze sein, die Aufmerksamkeit auf diese „Organisation“ zu lenken, und um ihre Methoden zu illustrieren, geben wir ihr letztes „Manifest“ wieder. Es heißt darin:

„Schon sehen wir aus Äußerungen der österreichisch-ungarischen Presse, daß das verregimentierte Proletariat der Doppelmonarchie endlich einseht, daß die Wiener Regierung die verwerfliche Kreatur und der Stempel der unmenschlichen militaristischen Clique von Berlin gewesen ist, und daß die Millionen von unschuldigen Frauen und Kindern, die in Not und Schmerz in Galizien leiden, einem Schicksal verfallen sind, das nicht weniger schrecklich ist als das ihrer belgischen Brüder. Oesterreich versucht jetzt, der Tragödie ein Ziel zu setzen, und fleht die Hilfe des Kaisers an, um für sich Friedensbedingungen von den verbündeten Mächten zu erhalten.“

In dieser Tonart geht es dann weiter mit Beschimpfungen und plumpen Verdächtigungen gegen die deutsche Sozialdemokratie.

So sieht das Nachwerk aus, das die „Echgele Telegraph Company“ aus Amsterdam nach England telegraphiert. Auch die Namen der Mitglieder des Komitees der „Deutschen Reichsheiligtiga“, das dieses „Manifest“ zeichnet, werden in dem Telegramm gegeben. Sie sind: Karl Bernstein, Emil Gott, Gustav Ochs, Franz Gauhen, Jakob Ramelddorf, Konrad Schwabe, Ernst Schuster und Albrecht Zettel. Alles sehr gute deutsche Namen, von denen wir aber — wir gestehen es — bisher noch nichts gehört haben, am wenigsten in Verbindung mit der deutschen Sozialdemokratie. Aus inneren und äußeren Gründen kommen wir zu der Schlussfolgerung, daß es sich hier um einen plumpen Schwindel handelt, der von abstrusen Agenten einer der Dreierverbände ausgeht worden ist. Man fragt sich verwundert, auf wen derartige Nachrichten einen Eindruck machen sollen. Wohl hat sich der „Daily Citizen“ durch die himmelschreiende Unwissenheit seiner Redakteure in allen Angelegenheiten der kontinentalen Arbeiterbewegung dazu verleiten lassen, einzelne „Manifeste“ dieser angeblichen Liga gleich den meisten bürgerlichen Blättern abzubringen. Aber auch der einflussreiche „Lester“ hat wohl so viel selbständige Urteilsfähigkeit, daß er solche Kundgebungen nicht als wahre Münze hinnimmt. Der Genosse Keir Hardie — dessen Erkrankung erfreulicherweise lange nicht so ernst ist, wie die „Times“ gemeldet hatte — hat dem „Citizen“ übrigens jetzt einen wohlverdienten Verweis für die Veröffentlichung dieser Schwindelmeldungen erteilt.

Kriegesbekanntmachungen.

Postfreiheit für Kriegsgefangene in Frankreich.

Paris, 19. Januar. (W. Z. V.) (Meldung der Agence Havas.) Durch einen Erlass ist den Kriegsgefangenen Postfreiheit in den französischen Kolonien und Schutzgebieten außer in Marokko und Tunis gewährt worden.

Politische Uebersicht.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ verboten.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ erhielt am Mittwochmorgen vom stellvertretenden Generalkommando in Hannover die folgende Zuschrift:

Stellvertretendes Generalkommando Hannover, den 19. Januar 1915.
X. Armee-Korps, Abt. II B. Nr. 5084.

An die „Redaktion des „Volksfreund“ Braunschweig.
Nachdem Sie wiederholt wegen des von Ihnen angewendeten gehässigen, den inneren Frieden gefährdenden Tones und Nichtbeachtung der gegebenen Vorschriften verwahrt sind, bringen Sie in der mir jetzt vorgelegten Nr. 300 Ihrer Zeitung vom 21. 12. 14 und Nr. 2 vom 4. 1. 15 außer anderen die Grenze des Zulässigen hart streifenden Aussagen in dem Gedicht: „Beimacht 1914“ (2. Beilage Nr. 300) und dem Aufsatz „Agitation“ (Beilage Nr. 2) Ausführungen, die nach Inhalt und Wortlaut verlegend wirken und den inneren Frieden stören.

Es wird deshalb Ihnen hierdurch das Weitererscheinen Ihrer Zeitung bis auf weiteres verboten. Ebenso wird jeder Versuch verboten, die Zeitung unter einem anderen Namen oder in anderer Form der Ausstattung erscheinen zu lassen. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden nach § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, wenn nicht nach anderen Gesetzen eine härtere Strafe verwirkt ist.

Der Kommandirende General
gez.: v. Lindo-Suden.“

Der Reichskanzler in Berlin.

Der Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg ist zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen.

Die zweite Kriegstagung des preussischen Landtags.

Der preussische Finanzminister Dr. Lenge wird in der ersten Sitzung am 9. Februar seine Rede zum Etat halten. Der Etat selbst wird in einem ganz unbestimmten Rahmen gehalten sein, weil sich die Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben ganz unendlich voraussehen läßt.

Wie der „Deutsche Kurier“ schreibt, ist man in parlamentarischen Kreisen fest entschlossen, eine „etwa überflüssige Redelust“ ganz entschieden einzudämmen. Das nationalliberale Blatt schreibt dann noch: „Man nimmt an, daß mit allen Parteien eine Einigung zustande kommen wird. Der Schwerpunkt der ganzen Tagung wird natürlich in der vertraulichen Budgetkommission zu suchen sein, in der alle Parteien vertreten sein werden.“ Man hofft, die Tagung in drei Wochen wieder schließen zu können. Das Herrenhaus wird nur zwei oder drei Tage sich zusammensetzen.

Darüber, was „überflüssige Redelust“ ist, dürften die Parteien untereinander sehr verschiedener Meinung sein. Auch haben vertrauliche Verhandlungen einer geheimen Kommission nur sehr geringen Wert, wie die Erfahrungen mit der freien Reichstagskommission von Anfang Dezember beweisen. Dort vorgebrachte bringliche Forderungen, hinter denen die Mehrheit des Volkes steht, hatten noch immer der Erledigung.

Unsere Wirtschaftspolitik.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ beschäftigt sich Genosse Julius Kautski mit „unserer wirtschaftlichen Kriegsrüstung“. Seine Ausführungen gipfeln in folgenden Sätzen:

„Was dem deutschen Wirtschaftsbau aber die Breite und feste Grundlage gibt, ist die glückliche Verteilung unserer Kräfte zwischen Industrie und Landwirtschaft. Ich glaube keine Störung des Burgfriedens zu begehnen, wenn ich die Laifache registriere, daß die Erstarbung der Produktionskraft unserer Landwirtschaft die Zahlung selbst eines hohen Preises wert gewesen ist und die Beschaffung der Grundlagen einer Wirtschaftspolitik bedingt, die die Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Kraft sichert. Nach den Erfahrungen des Krieges wird niemand mehr verkennen, daß die Stellung der Landwirtschaft nicht als Frage einer Erwerbsgruppe, sondern als Angelegenheit der Nation zu behandeln ist. Was der Krieg in Gestalt der geschlichen Preisregulierung, der Kriegs-Getreide-Handelsgesellschaft mit ihren besonderen Zwecken usw. erzeugte, dürfte in den Tagen des Friedens nicht wieder spurlos verschwinden; diese Organisationsarbeit muß auf den Wegen verallgemeinert und vervollkommen werden, deren Richtung die Linien des auch von seinen (konserverativen) Urhebern vergessenen Antrags Kanig andeuten. Kein zweites industrialisiertes Land Europas würde wie Deutschland vermögen, seine Stellung in Landwirtschaft und Industrie unabhängig von dem Ausland nach plötzlicher Unterbindung des Außenhandels in seinen wesentlichsten Teilen zu behaupten. Hierin liegt die Gewähr der Unbeflegbarkeit, um so mehr, wenn, wie es jetzt geschehen ist, dem unwirtschaftlichen Verbrauch unserer wichtigsten Rohstoffe durch einschneidende Zwangsmassnahmen entgegengetreten wird.“

Diese Ausführungen bekunden eine sehr weitgehende Uebereinstimmung mit den Zielen und Wünschen des Bundes der Landwirte. Die „Deutsche Tageszeitung“ quittiert dem Genossen Kautski noch ausdrücklich diese Gemeinsamkeit; sie schreibt unter dem Titel „Ein sozialdemokratisches Zeugnis für unsere Wirtschaftspolitik“:

„Unsere Leser werden mit uns den Eindruck haben, als ob diese Worte mit einigen kleinen Änderungen und leisen Abänderungen in der „Deutschen Tageszeitung“ gestanden haben könnten. Das sozialdemokratische Zeugnis für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftspolitik ist uns besonders wertvoll, und wir werden uns gelegentlich auch nach dem Kriege darauf berufen. Nicht minder wertvoll ist die Bemerkung, daß die Stellung der Landwirtschaft nicht als Frage einer Erwerbsgruppe, sondern als Angelegenheit der Nation zu behandeln sei. Das ist ja die Auffassung, die wir immer vertreten haben, im Gegensatz zu Politikern, die Herrn Kautski früher sehr nahe standen. Nur in einem Punkte können wir ihm nicht ganz beistimmen, nämlich darin, daß der Antrag Kanig schon von seinen Urhebern vergessen sein soll. Das ist nicht der Fall. Wir haben immer und immer wieder betont, bis in die letzten Tage hinein, daß der Grundgedanke des Antrages Kanig sich unbedingt durchsetzen müsse und durchsetzen werde.“

Massnahmen gegen die Lohndrücker.

Die Zulassung zu Militärleistungen ist an die Voraussetzung geknüpft, daß die zuständige Handelskammer die Zuverlässigkeit des Verwerbers bestätigt. Der preussische Handelsminister hat nunmehr verfügt, daß diese Bestätigung zu verweigern ist, wenn feststeht, daß die Verwerber für die von ihnen ausgegebenen Arbeiten tatsächlich nicht die ortsüblichen Löhne gewährt haben.

Die Wirren in Haiti.

Cay Haiti, 20. Januar. (W. Z. V.) General Velbrun Guillaume wurde durch einen Revolutionär, der wirklich diese Stadt besetzte, zum Präsidenten von Haiti ausgerufen. Seine Truppen haben begonnen, gegen Fort-au-Prince zu marschieren, um die Regierung zu stürzen.

Letzte Nachrichten.

Eine Kundgebung der italienischen Partei.

Frankfurt a. M., 20. Januar. (W. Z. V.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Rom: Der in Florenz versammelte Vorstand der sozialistischen Partei Italiens hat beschlossen, an dem Grundtag der Internationale teilzunehmen und den Abgeordneten Margari nach dem Auslande zu entsenden, um die abgerissenen Fäden mit den sozialistischen Parteien der anderen Länder wieder anzuknüpfen. Der Parteivorstand ersuchte die Landesorganisationen, solche Parteimitglieder, die trotz Ausflüchtung und Parteiparole Vereinigungen beiträten, welche Italien zum Kriege aufstacheln, aus der Partei auszuschließen. Nach langer Diskussion über das Verhalten der sozialistischen Partei im Falle eines Verteidigungskrieges, wurde eine Tagesordnung angenommen, die den Herrschaftsverwirrt und die Abhaltung von Versammlungen und im ganzen Lande Kundgebungen gegen den Krieg auf den 21. Februar beschließt.

Mäßregelung eines italienischen Polizeidirektors.

Basel, 20. Januar. (W. Z. V.) Nach den „Baseler Nachrichten“ ist der Polizeidirektor von Genua wegen der Demonstrationen vor dem deutschen Konsulat seines Amtes enthoben worden.

Eine Steuer für belgische Flüchtlinge.

Brüssel, 20. Januar. (W. Z. V.) Seit Ausbruch des Krieges waren etwa eine halbe Million Belgier ins Ausland geflüchtet; die Wohlhabenden unter ihnen sind bisher nicht zurückgekehrt und haben sich so nicht nur einer Reihe von Verpflichtungen entzogen, welche ihren Mitbürgern im Laufe des Krieges erwachsen, sondern hauptsächlich auch die Interessen ihres Vaterlandes erheblich. Einige belgische Stadtverwaltungen gingen daher mit der Absicht um, die Abwesenden mit einer Sondersteuer zu belegen. Diesen gefunden Gedanken aufgreifend, hat der Generalgouverneur diese Besteuerung seinerseits in die Hand genommen und einheitlich für das ganze okkupierte Gebiet geregelt. Laut Verordnung vom 16. Januar werden alle Belgier, welche nach Kriegsausbruch freiwillig ihren Wohnort aufgaben und bis 1. März 1915 nicht zurückkehrten, zu einer Sondersteuer in Höhe des zehnfachen der für 1914 veranschlagten Personalsteuer herangezogen. Am nur die Wohlhabenden zu treffen, ist eine nach der Bevölkerungszahl der Gemeinden abgestufte Mindestgrenze festgesetzt. Der Ertrag fällt zur Hälfte den Gemeinden und zur Hälfte dem Generalgouvernement für Zwecke der Verwaltung zu. Es ist zu hoffen, daß die Verordnung dem Lande eine Anzahl steuerfähiger Bürger zurückführt oder Mittel schafft, um weitere Steuerbefreiung möglichst erheblich zu machen.

Zur Aufklärung für Rat- und Hilfesuchende.

Anträge sind zu richten:

Table with 5 columns: wenn sie betreffen, an die Kommission, städtische Geschäftsstelle, städtische Steuerkasse, Nationaler Frauendienst Hilfskommission, an das städtische Mieteinigungsamt. Rows list various addresses and apartment numbers.

Armenunterstützung: Nur durch die zuständigen Armenvorsteher erhältlich. Kriegsfrankenpflege: Neues Kreuz, Leipziger Platz 13. Flüchtlinge, Beratungsstelle: Leipziger Platz 13. Magistrat.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 130 der preussischen Armee enthält die Verluste folgender Truppen: 4. u. 5. Garde-Inf.-Reg.; Garde-Grenadier-Regiment Alexander und Elisabeth; Lehr-Inf.-Reg.; Grenadier-, bzw. Inf.-, bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 12, 13, 14, 15, 16, 19, 20, 21, 22, 23, 30, 32, 33, 36, 39, 40, 41, 43, 47, 50, 51, 53, 69, 60, 61, 63, 68, 77, 78, 81, 84, 87, 89, 90, 91, 93, 97, 98, 99, 118, 131, 135, 136, 137, 141, 142, 143, 148, 149, 151, 152, 154, 155, 158, 159, 160, 172, 174, Reg. Nr. 1 der Brigade Douffin; Inf.-Regimenter Nr. 1, 2, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 15, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 30, 35, 36, 55, 56, 61, 66, 72, 80, 87, 116, 201, 202, 208, 209, 212, 217, 219, 223, 224, 231, 234; Landwehr-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 13, 16, 17, 18, 22, 24, 25, 31, 33, 34, 35, 36, 39, 60, 72, 73, 74, 75, 81, 85; Hebeplanmäßiges Landwehr-Inf.-Bat. Nr. 1 des 4. Armeekorps; Landwehr-Ersatz-Bat. Aular; Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 7, 34, 35, 70; Land-

wehr-Brigade-Ersatz-Bat. Nr. 13, 21, 43; Landsturm-Bat. Biesheim, Brandenburg a. S., II. Heidelberg, Jauer, Marienburg, Münster, Neufels a. O., Verleberg, Posen, Posen III, Schroda, Sprottau, Stolp; III. Landsturm-Ersatz-Bat. Hannover; Jäger-Bat. Nr. 2, 5, 9, 11; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 4, 6, 15, 21; Radfahrer-Komp. Gröppler; Festungs-Nachschmied-Abteilungen Nr. 3 Graudenz und Nr. 4 Köln. 1. Garde-Dragoonier; Kürassiere Nr. 6; Dragoner Nr. 2, 10, 14, 15, 16; Husaren Nr. 9; Mänsen Nr. 3, 14; Jäger zu Pferde Nr. 3; Ref.-Ersatz-Eskadron des 20. Armeekorps; Landwehr-Eskadron des 1. Armeekorps; 1. Landwehr-Eskadron des 3. Armeekorps. 2. und 3. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 5, 6, 14, 16, 19, 20, 21, 22, 24, 25, 33, 38; Ref.-Feldart.-Regimenter Nr. 7, 10, 17, 25. 1. Garde-Fußart.-Reg.; Fußart.-Regimenter Nr. 7, 10, 13; Ref.-Fußart.-Regimenter Nr. 4, 8, 13, 18, 20; 2. Ref.-Fußart.-Batterie Nr. 23. Pionier-Regimenter Nr. 25, 29, 30, 31; Pionier-Bataillone: I. Nr. 1, Nr. 2, I. Nr. 4, I. Nr. 5, I. Nr. 6, II. Nr. 7, II. Nr. 8,

Geschäft ist Geschäft.

Von einem höheren Beamten erhält die „Münchener Post“ die folgende Aufschrift: Ich hatte neulich dienstlich in Oesterreich zu tun und durch die Freundlichkeit der Bahnverwaltung hatte man mir ein Halbbillet eingeräumt. Diefem referierten Halbbillet verkaufte ich höchst interessante Aufschlüsse über die Art und Weise, wie mancher Mann manchmal manches Geschäft im Kriege machen will. Wahrscheinlich hatte der Schaffner die Meinung sich zurechtgelegt, ich sei ein hoher Würdenträger, wohl gar eine „Erzcellenz“, und einem der anderen Mitreisenden hier von Mitteilung gemacht, denn nur so kann ich mir den folgenden Vorfall erklären. Nach ungefähr einer Stunde hobet Kopfe es an die Tür meines Wagens und als ich öffnete, fand vor mir ein dicker, kurzhaarer Herr, mit sehr großen Händen, an denen sehr große Brillen anhängen. Seine Kleidung trug einen gewissen reissporligen Charakter und sein schwarz gefärbter Schnurrbart lief in zwei nachspitzen, in die Höhe gestreckten Enden aus. Auf meine Frage „Was wünschen Sie?“ erhielt ich in ausgesprochen ungarischem Deutsch die Antwort: „Erzcellenz, ich bin nämlich Pferdehändler.“ Die Verbindung der Worte Pferdehändler und Erzcellenz ließ mich einiges Heberischens von einer Konversation erwarten, und so lehnte ich vorläufig die falsche Titulatur nicht ab und forderte nicht den Kömmling auf, mich gefälligst in Ruhe zu lassen. Ich hätte mich denn auch in meiner Erwartung nicht getäuscht. Mein Mann ging gleich aus Gänge und fuhr fort: „Erzcellenz, ich fahre wegen eines Lieferungsgeschäftes von 3000 Pferden nach Wien.“ „So“, „Ja, in unsere Regierung nimmt jüngere Pferde als die deutsche, sie zählt auch weniger.“ „So.“ „Die deutsche nimmt nur 5-12jährige. Unsere zählt so im Durchschnitt 950 bis 1100 Kronen für das Pferd.“ „So.“ „Wissen Sie, Erzcellenz, wir haben jetzt ein Pferdeausfuhrverbot.“ „So.“ „Es wird aber nicht für Deutschland streng gelten, hat man mir auf unserem Kriegsministerium gesagt.“ „So.“ „Voriges Jahr hat man mit den Russen keine Geschäfte machen können, sie kauften so viele Pferde und zahlten so gut, daß ich mir schon dachte, ob wohl ein Krieg kommen wird. Dies Jahr ist es nichts mit die Russen, aber nach Deutschland wird man ausführen können.“ (Dabei grünte mich mein Pferdemann verständnisvoll an.) „So.“ Diefem erfolgte eine längere Pause in unserer Zwiegespräche; ich hülfte mich wohl, sie zu brechen. Ich wußte, mein Nachbar würde gerade infolge dieses Schweigens mir noch viel Interessanteres mitteilen und nicht die Oper mit der Quvertüre schließen. Einige Zeit rieb er sich verlegen die Arme, dann hub er plötzlich wieder an: „Erzcellenz, die deutschen Pferdehändler nehmen ihrer Regierung zu viel ab. Sie sind unerschämmt, es ist eine Sünde und Schand.“ „So.“ „Ich kann Fälle davon erzählen.“ „So-o?“ „Na, Sie glauben mir nicht. Ich will Ihnen sagen, es ist ein Pferdehändler in Süddeutschland (folgte Name und Stadt), hat er gehabt einen Auftrag auf 5000 Pferde, was soll ich sagen, was er verdient hat — denken Sie, 400 Mark am Pferd.“ „So-o-o.“ „Ich sage die Wahrheit und er ist nicht der einzige gewesen, der solches Geschäft gemacht hat, da ist in Berlin einer (folgte wieder Name) und noch ein anderer im Osten (folgt wieder Name und Stadt), die haben mindestens ebenfalls verdient. Ist es eine Sünde und Schand, wenn die Leute, wenn schon Krieg ist, so viel verdienen am Staat. Ich halte es für eine Sünde.“ „So — so.“

Bei den französischen Mineuren.

Im Pariser „Journal“ schildert, wie wir dem „Hamburger Fremdenblatt“ entnehmen, Georges Prade einen Versuch in den französischen Schützengraben, bei dem ihn ein Generalstabsoffizier bis auf etwa 60 Meter an die deutsche Linie heranzuführte. Sie

II. Nr. 11, I. Nr. 16, II. Nr. 17, I. Nr. 26, II. Nr. 27; 55. Ref.-Pionier-Komp. Eisenbahn-Reg. Nr. 2; Ref.-Eisenbahn-Baukomp. Nr. 1; Garnisprech-Abt. des 1. 5. und 11. Armeekorps; Junker-Abt. der Garde-Kavallerie-Division; Feldfliegertruppe. (3.) Artillerie-Runitionskolonnen Nr. 2 des Garde-Reservekorps; Art.-Runitionskolonnen Nr. 7 des 2. Armeekorps. Fortifikation Vorl. IV. Armierungs-Bat. der Festung Graudenz; Armierungs-Bat. Nr. 12; Festungs-Baukomp. Nr. 47, 58, 79, 116 und Graudenz. Ref.-Sanitäts-Komp. Nr. 10 des 5. Reservekorps; Sanitäts-Komp. Nr. 3 des 16. Armeekorps; Ref.-Feldlazarett Nr. 79 des 24. Reservekorps; Reserve-Lazarett II Braunschweig, III Steiermark, 2. Lazarett-Truppe des 11. Armeekorps; Freiwillige Sanitätskolonne Wankenburg i. Tsch. Train-Abt. Nr. 3 und 4; Divisions-Brückentrain Nr. 6; Magazin-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 38 des 25. Reservekorps; Feldbäckerei-Kolonnen Nr. 1 des Gardekorps. Bahnhofs-Kommandantur Posen-Gerbersdorf.

Die bayerische Verlustliste Nr. 130 bringt Verluste des 1. 2. 6. 11. Inf.-Reg.; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 6, 8, 10; Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 2; 1. Pionier-Bat.; 2. Pionier-Bat.; Militär-Eisenbahndivision 2. Die sächsische Verlustliste Nr. 95 bringt Verluste der Feldartillerie-Brigade 23; Inf.-Reg. Nr. 107, 179; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 101, 104, 107; Ersatz-Bat. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 103; Ref.-Jäger-Bat. Nr. 25, 26; Pionier-Bataillone I. Nr. 12, II. Nr. 12, I. Nr. 22, II. Nr. 22; Ref.-Pionier-Komp.; Landwehr-Pionier-Komp.; Pionier-Abt. der 8. Kavallerie-Division. Die württembergische Verlustliste Nr. 98 bringt Verluste des Grenadier-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 120; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 121; Füsilier-Reg. Nr. 122; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 122; Inf.-Reg. Nr. 125; Inf.-Reg. Nr. 126, 127; 1. Landwehr-Kan.-Eskadron; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 26; Feldart.-Reg. Nr. 29; Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 31; Feldart.-Reg. Nr. 65; 2. Landwehr-Pionier-Komp.; 1. Sanitäts-Komp.; Magazin-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 58. Die württembergische Verlustliste Nr. 99 enthält Verluste des Grenadier-Reg. Nr. 119; Inf.-Reg. Nr. 120, 126.

Aus Groß-Berlin. Der Zeitungsbetrieb.

Nur wenige, die des Morgens ihre Zeitung zur Hand nehmen, haben eine Ahnung davon, was alles dazu gehört, um eine Zeitung fertigzustellen. Eine Reihe Produktionsprozesse sind nötig, um ein Blatt herauszubringen, und eine große Industrie mit zahlreichen Arbeitern ist am Zeitungswesen interessiert.

Da ist zunächst die Redaktion des Blattes, welcher die Aufgabe zufällt, den Lesestoff der Zeitung zu bearbeiten. Je nach den Aufgaben, dem Umfange und der materiellen Grundlage einer Zeitung ist die Redaktion größer oder kleiner. Die Gebiete des öffentlichen Lebens sind so weitläufig, so vielfältig, daß in vielen Fällen ganz bestimmte Spezialkenntnisse zur Bearbeitung einzelner Fragen erforderlich sind. Da wird die Redaktion unterstützt durch geeignete Mitarbeiter außerhalb der Redaktion, und es ist eine der vornehmsten Aufgaben eines Redakteurs, sich geeignete Mitarbeiter zu sichern, die auf Verlangen bestimmte Aufgaben zu erfüllen bereit sind. Der in einer größeren Zeitung einlaufende Stoff ist ein sehr weitläufiger und bedarf gewissenhafter Sichtung und der Bearbeitung. Und es dürfte kaum einen Beruf geben, der an die Nerven des einzelnen so hohe Ansprüche stellt, wie der eines Zeitungsredakteurs, hinter dem sozjagen immer der Retter steht und oft auf das Manuskript laert.

Abermals brach das Gespräch ab, doch man sah dem Dicken an, jeht werde er die Hauttafel von seinem bedrängten Herzen abladen. Die Schnurrbartspitzen bebten förmlich vor innerlicher Erregung, als er wieder begann: „Millionen an einem einzigen Geschäft verdienen, das ist zuviel. Man verdient ja gewiß auch gern.“ „So?“ „Aber wir machen die Sache viel billiger. Und unser Kriegsministerium wird uns die Pferde ausführen lassen.“ „So.“ „Biel billiger. Bei meiner Seele und Ehr, ob's Erzcellenz glauben oder nicht, ich verdiene nicht mehr als 50 Kronen am Pferd.“ „So-o-o?“ „Na, es können auch sein 100.“ „So-o-o?“ „Ne habe ich mehr verdient als 150, wenn ich fürs Militär feiere, mein Lebtage nicht. Aber ich lasse auch verdienen.“ „So so.“

Wieder eine Pause, diesmal eine für meinen Mann recht schwüle. Endlich fing er wieder an: „Erzcellenz, was ich verdiene und was die Deutschen verdienen, das ist ein großer Unterschied. Man soll den Staat auch leben lassen.“ „So?“ „Erzcellenz, wir haben noch 200 000 Pferde in Ungarn, die tauglich fürs Militär sind; die Deutschen nehmen die jückeren, wir die leichteren.“ „So.“ „Ja — und“ — dem Manne perlte der Schweiß in die Augen, während er nun auf den Hauptpunkt zu sprechen kam, von seiner niederen Stimm — „Erzcellenz werden doch gewiß haben Verbindungen in die Ministerien in Berlin und anderswo, könnte man da nicht was machen?“ „So, so.“ Der Dicker wagte aber doch nicht, das zu sagen, was ich erwartet hatte, sondern er meinte nur bedeutungslos: „Es wäre doch so ein schönes Geschäft.“ „So, so“ und nun kam für ihn die Katastrophe, denn ich fuhr fort: „das war alles sehr interessant, lieber Herr, was Sie mir da erzählt haben, und speziell die Aufzählung des Profits von gewissen Pferdehändlern. Ihre „Entzählung“ über diese Herren ist ganz berechtigt, ich teile sie und werde versuchen, ihr an geeigneter Stelle geeigneten Ausdruck zu geben. Im übrigen, ich bin wieder Erzcellenz, noch habe ich auf Pferdeverkäufe den geringsten Einfluß — da müssen Sie sich schon an die berufenen Stellen wenden. Wenn ich ihn aber hätte, ganz im Vertrauen gesagt, dann würde ich auch mit Ihnen keine Geschäfte machen, denn selbst wenn Sie nur 150 Kronen am Gaul verdienen, so ist das — na, Sie wissen schon was. Und nun machen Sie wohl die Tür von außen gefälligst zu.“

Der Dicker stierte mich erst eine Weile saftungslos an, dann erhob er sich, schritt langsam herous und sagte mir: „Es wäre so ein schönes Geschäft, und wir sind viel billiger als die Deutschen.“ Wie viele, die bald noch dicker als mein Dicker sein und noch prophigere Ringe als er tragen werden, wird es nach dem Kriege bei uns geben? Sollen wir das Gefindel wirklich durch das Vint, das auf den Schlachtfeldern vergraben wird, mähen, und gibt es gar kein Mittel, seinem schuftigen Treiben Einhalt zu tun? Noch ist es Zeit, dagegen einzuschreiten, aber schreiten wir bald ein: sonst bringt die Wunde ihren Raub in Sicherheit, und wir haben noch zum Schaden den Spott!

Wie Frieden jeht fast auf allen Bieren und spärten unter unseren Füßen und Händen Stroh. Eine stille und langsame Arbeit wird dort hinten ausgeführt. Unausföhrlich, unausföhrsam werden die Föhrer weiter vorgeföhrt, gröhst sich der ruheloze Kanonier mit kleinen, regelmöhigen und sicheren Schlägen vorwärts. Wir feden die Stöppe zusammen und füllten: „Sört man die Deutschen arbeiten?“ — „Ja, aber es ist noch so unendlich, so fern, daß man nicht sagen kann, wo.“ — „Also?“ — „Also müssen wir als Erste ankommen, sonst nichts!“ Und vertrauensvoll, mir die Hand auf die Schulter legend, murmelte der Föhrer: „Wir kommen als Erste an; es muß sein!“

Zurück ging es ans Tageslicht. Der Lärm der Kanonen schien mir freundschaftlich, das Anathern der Maschinengewehre schien vertrauensweckend. Die Sonne droben strahlte noch, die Leute gingen friedlich in ihrem Graben hin und her, man atmete aus voller Lunge. Der Hauptmann, der uns geföhrt hatte, sagte beim Abschied vergnügt: „Auf Wiedersehen und ohne Furcht, wir kommen als Erste an!“ Nach den bisherigen Meldungen des deutschen Hauptquartiers scheint es jedoch, daß unsere Pioniere gewöhnlich als Erste ankommen.

Neben der Redaktion des Blattes spielt die Expedition eine große Rolle; besonders ist es die Inseratenabteilung, die für das Prosperieren einer Zeitung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Und auch sie ist auf Mitarbeiter angewiesen. Ein großer Teil der Inserate wird durch sogenannte Akquisiteure der Zeitung gebracht; vor allem die der großen Geschäftshäuser, die ihre Inserate gleich für verschiedene Zeitungen aufgeben. Auch die großen Annoncenexpeditionen, die sich über das ganze Reich und darüber hinaus ausdehnen, sind Vermittler von Inseratenaufträgen.

Ein wesentlicher Anteil an der Herstellung der Zeitung fällt dem Scharpersonal zu. Die wirtschaftliche Entwicklung hat auch hier schon eingegriffen und durch die Einführung der Schreibmaschinen manchen Schriftsetzer überflüssig gemacht. Ein großer Teil des Inhalts der Zeitung wird mit der Schreibmaschine gesetzt, einer außerordentlich sinnreich hergestellten Einrichtung. Aber ganz kann der Schriftsetzer, der mit der Hand mühevoll Buchstaben an Buchstaben reibt, nicht ersetzt werden, zumal, wenn es sich um einen komplizierten Satzbau handelt, wie er vielfach im Inseratenteil von Auftraggebern gefordert wird.

Der von den Scharern hergestellte, von Korrektoren auf seine Richtheit geprüfte Satz ist aber nicht ohne weiteres für Zeitungen mit größerer Auflage verwendbar. Zeit muß der Setzer in Tätigkeit treten, um besondere Abdrücke für die großen Druckmaschinen herzustellen, eine Aufgabe, die außerordentlich gewissenhaft ausgeführt werden muß.

Einen weiteren Produktionsprozeß bildet der Druck der Zeitung. Die Zeitungstechnik ist hoch entwickelt. Die heutigen Maschinen, welche den Druck der Zeitung besorgen, sind wahre Kunstwerke, und es finden in ihnen große Kapitalitäten; repräsentiert doch eine einzelne große Rotationsmaschine einen Wert von 60 000 bis 70 000 Mark. Und deshalb erfordert auch die Bedienung und die Beaufsichtigung einer solchen Maschine geübte Kräfte, zumal beim Zeitungsdruck mit der Minute gerechnet werden muß. Ein auch nur minimales zeitweiliges Versagen einer Maschine beeinflusst die pünktliche Herausgabe des Blattes und löst bei den Abonnenten große Empörung aus.

Ist der Druck der Zeitung vollendet, beginnt die Verteilung nach den Expeditionen, wo eine Schar Zeitungsboten wartet, um das Blatt den Abonnenten ins Haus zu tragen. Allein für den „Vorwärts“ sind tagtäglich rund 1000 Zeitungsträgerinnen auf den Beinen, die sich mit der Zeitungszustellung ihr Brot verdienen.

Es ist eine ansehnliche Schar Kräfte am Werke, die zur Herstellung einer Zeitung benötigt werden. In Papierfabriken wird das Zeitungspapier hergestellt. Schriftgießereien fertigen die zum Satz notwendigen Schriften an, große Fabriken beschäftigen sich mit der Herstellung von Rotationsmaschinen, in Redaktions-, im Expeditions- und im Druckereibetriebe, überall sind „Hände“ tätig, um ihr Teil zur Herstellung der Zeitung und zur Zustellung an die Leser beizutragen, ganz abgesehen von dem allgemeinen großen Nachrichtenstand, der durch internationale Telegraphenbureaus ausgebaut wird und an dem gleichfalls weite Kreise interessiert sind.

So stellt sich, rein wirtschaftlich betrachtet, der Zeitungsbetrieb als ein Unternehmen dar, das weitverzweigte Verästelungen aufweist und zahlreichen Personen Erträge gibt. Ein Verbot einer Zeitung, wie es in den jetzigen Zeiten verschiedentlich erfolgt ist, schlägt deshalb auch in sozialer Beziehung sehr tiefe Wunden.

Sammelt die Küchenabfälle!

Durch die Verordnung des Oberkommandierenden der Marken über die Verwertung der Küchenabfälle ist der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung überholt worden. Der Antrag dürfte daher in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zurückgezogen werden, da er im Augenblick gegenstandslos geworden ist. Das schließt nicht aus, daß die Frage der Müllverwertung in Berlin auch nach dem Kriege in ernsthafter Erwägung gezogen werden muß.

Jetzt dürfte alles daranzusetzen sein, die getroffene Verordnung möglichst gewissenhaft durchzuführen. Es kann nur allseitig begreift werden, wenn die Küchenabfälle als Viehfütterung Verwendung finden. Wir sind sicher, daß gerade die Arbeiterschaft Groß-Berlins es an der Hilfe für die Durchführung der Verfassung nicht fehlen lassen wird. Die Berliner Gewerkschaften haben sich kürzlich schon im zutreffenden Sinne geäußert und wie sich überzeugt, daß es nicht bei den Worten bleiben wird. Gerade die Arbeiterschaft hat ein feines Empfinden dafür, daß bestimmte Werte nutzbar gemacht werden. Und in den Küchenabfällen stecken erhebliche Werte; nicht für den einzelnen, sondern für die Gesamtheit. Nur einer kleinen Mähe muß sich jede Frau im Hause unterziehen. Sie muß alle Kartoffelschalen, Abfälle von Gemüse und Fleisch, von Brot und Backwaren, welche zur Viehfütterung sich eignen, in ein besonderes Gefäß werfen und an die im Hause bestimmte Sammelstelle befördern. Die Abfälle dürfen nicht mit Asche vermengt werden. Weht wird von keiner Hausfrau verlangt. Viele Frauen haben bisher schon eine solche Trennung vorgenommen und die Abfälle der Viehfütterung zuführen lassen. Mögen sich alle Frauen diesem Beispiel anschließen; es liegt im Interesse der Allgemeinheit!

Der Magistrat weilt in einer Bekanntmachung noch besonders auf die neue Verordnung hin, die auch Vorschriften für die Grundstücksbesitzer enthält. Er sagt:

„Da es sich nur um pflanzliche Abfälle handelt, wird die Verwertung geeigneter Behälter den Grundstückeigentümern, wie anzunehmen ist, Schwierigkeiten kaum bereiten. Dagegen würde die Erfüllung der weiteren Vorschriften ihnen erhebliche Belästigungen verursachen, wenn es dem Magistrat Berlin nicht gelänge, diese hier einen Ausweg zu finden. Der Verein Berliner Volkseigenen hat sich nun dem Magistrat gegenüber verpflichtend verpflichtet, von jedem Berliner Grundstück, dessen Eigentümer es jetzt verlangt, vom 1. Februar d. J. ab regelmäßig und in geeigneten Zwischenräumen diese gesondert gesammelten Speisereste abzuführen und zur Viehfütterung zu verwenden, und zwar ohne ein Entgelt für die Abfuhr zu verlangen. Wenn der Grundstückseigentümer einen geeigneten Behälter für die Sammlung der Speiserestemittelreste auf seinem Grundstück zur Verfügung stellt, die Bekanntmachung des Oberkommandierenden auf dem Grundstück anfertigt und den Anschlag dauernd erhält, und endlich dem Verein Berliner Volkseigenen E. V., Geschäftsstelle S. 59, Postfach 24, Fernsprech-Anschluß: Moritzplatz 6971, auffordert, die Abfuhrsmittelreste von seinem Grundstück abzuholen, so hat er die ihm durch die Bekanntmachung des Oberkommandierenden auferlegten Verpflichtungen erfüllt. Das Wichtigste ist also, daß jeder Grundstückseigentümer unversäglich dem genannten Verein eine geeignete Nachricht zukommen läßt. Im Laufe des Tages wird durch eine Bekanntmachung an den Anschlagplätzen der Erlaß des Oberkommandierenden nebst einem Hinweis auf die Vereinbarung des

Magistrats mit dem Verein Berliner Volkseigenen nochmals zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden.“

Die „Streckung“ der Futtermittel.

Uns wird geschrieben: Nationalökonomien und Behörden haben in einträglichster und überzeugendster Weise den Nachweis geführt, daß Deutschland der Ausbungerungspolitik Englands gegenüber nur standhalten kann, wenn mit den vorhandenen Vorräten an Brotgetreide und Futtermitteln in rationellster Weise gehaushaltet wird. Jeder Lote, jede Frau, ja jedes Kind ist jetzt darüber unterrichtet, was uns noht! Daß man aber noch bei weitem nicht überall und allenthalben der Mahnung zur Sparsamkeit mit der so kostbaren Körnerfrucht Rechnung trägt, kann man täglich auf dem hiesigen Schlacht- und Viehhofe beobachten. Aus Mangel an Futtermitteln ist bekanntlich der Viehtrieb jetzt ein ungewöhnlich hoher. Ein Auftrieb von 20 000 Schweinen ist keine Seltenheit. Die Tiere kommen meistens abends hier an und werden am anderen Tage vormittags geschlachtet. Nun weiß jeder, der auf dem Lande groß geworden ist, daß man Vieh, welches anderen Tags geschlachtet wird, am Abend vorher nicht mehr füttert! Die Fütterung wäre zwecklos, da eine Verdauung des Futters gar nicht mehr stattfinden kann. Wenn nun auf dem hiesigen Viehhofe abends die Transporte anlangen, so ist es allenfalls notwendig, da die Tiere eine mehr oder weniger lange Weile hinter sich haben, daß ihnen eine rationelle Futterverabreichung wird. Da die Tiere infolge der Aufregung und des engen Zusammenliegens in der Regel mehr Durst als Hunger haben, würde es aber genügen, wenn ihnen neben einer ausgiebigen Tränkung 1 bis 2 Kilo Gerste oder Gerstenschrot verabreicht wird. — Was kann man aber anderen Tags auf dem Schlachthofe für Wahrnehmungen machen? Es zeigt sich da, daß die Schweine 15—20 Pfund besser Gerste, die natürlich vollkommen unverbaut und unverbaut ist, im Magen haben. Diese Gerste hat ihren Zweck vollkommen verfehlt und könnte an anderer Stelle, bei der Rästung und Aufzucht von Vieh, bessere Verwendung finden. Es ist keineswegs Tierfreundlichkeit, die dazu führt, den Vorstentoren eine derartig reichliche „Hentersmahlet“ zu verabreichen. Rein es ist die Profitlust der Händler, die hier wie überall den Ausschlag gibt. Die Händler kaufen die Tiere überall nach Gewicht auf! Jedes Tier erleidet durch die Weite einen mehr oder weniger großen Gewichtsverlust, und den wieder auszuweichen durch eine überreichliche Fütterung, ist das Bestreben des Händlers. Werden am anderen Tage die Schweine gewogen, wiegt die verfertigte Gerstemenge natürlich mit und da ein Kilo Gerste immerhin wesentlich billiger ist als ein Kilo Fleisch, braucht man mit der ersten nicht sparsam umzugehen. Daß es sich hier nicht etwa um Kleinigkeiten, sondern um ungeheure Gewichtsmengen handelt, die der Volkswirtschaft verloren gehen, wird sofort klar, wenn man nur auf jedes Schwein drei Kilo un- und zweckmäßig verfertigte Gerste berechnet. Denkt man daran, daß es sich ausschließlich um erstklassige Gerste (Braugerste) handelt und bedenkt man weiter, daß es auf den anderen deutschen Schlachthöfen der Großstädte kaum anders sein wird, so ist es keine Uebertreibung, wenn man den unrationellen Verbrauch von Gerste im Reiche auf viele tausend Zentner pro Woche berechnet. Vielleicht sehen sich die hiesigen Behörden die Sache einmal an und ergreifen die notwendigen Maßnahmen. Am zweckmäßigsten dürfte sich wohl eine pro Kopf festgesetzte Ausgabe an Futtermitteln erweisen.

Reichswollwoche.

Wie aus zahlreichen Anfragen hervorgeht, sind weite Kreise der Berliner Bevölkerung noch nicht darüber unterrichtet, in welcher Weise die für die Reichswollwoche gesammelten entbehrlichen Kleidungsstücke, Decken, Teppiche, Vorhänge usw. Verwendung finden.

Das rote Kreuz von Berlin hat daher durch Vermittlung des Verbandes Berliner Spezialgeschäfte bei einer Anzahl Berliner Firmen verschiedene vom Kriegsausbruch für warme Unterleibung hergestellte Gegenstände, Decken, Hosen, Jacken, austreten lassen, um zu zeigen, wozu sich die betreffenden Sachen verarbeiten lassen.

Die Firmen, die dem roten Kreuz ihre Schaufenster zur Ausstellung der genannten Gegenstände zur Verfügung gestellt haben, sind folgende: S. Adam, Leipziger Str. 27/28, J. B. Grünfeld, Leipziger Str. 21, Holzappel u. Schänemann, Königsr. 69, H. Keiser Koch, Landw. Gde Friedrichstraße, H. M. Waagen, Traniensir. 63, Ferdinand Neumann, Leipziger Str. 51, Peck u. Glöppenburg, Gertraudenstr. 25/27.

Ferner werden wir gebeten, darauf aufmerksam zu machen, daß die Käufer, die mit der Abholung der gespendeten Gegenstände betraut sind, einen Ausweis des roten Kreuzes von Berlin bei sich führen. Das rote Kreuz von Berlin bittet die Herren Hauseigentümer oder Verwalter dringend, sich in jedem einzelnen Falle bei der Abholung dieser Ausweise vorzeigen zu lassen.

Heim- und Heilstättenpflege.

Mit dieser für unsere ärmere Bevölkerung so außerordentlich wichtigen Frage hatte sich am Dienstag der von der Stadtverordnetenversammlung eingeleitete Ausschuss zu beschäftigen.

Unsere Genossen machten darauf aufmerksam, daß der Magistrat bei Ausbruch des Krieges die Entsendung von Kindern in Heim- und Heilstätten fast vollständig aufgehoben habe, denn es seien nach dem eigenen Anspruch des Magistratsvertreters nur noch Kinder verschickt worden, bei denen die offene Tuberkulose bereits ausgebrochen war. Die von Magistrat und Armenverwaltung im Jahre 1907 angenommene Anweisung verlange aber die Entsendung aller derartigen Kinder, bei denen der Armenarzt die Notwendigkeit bezeugt habe. Wenn sich jetzt der Magistrat darauf berufe, daß eine ganze Reihe von Anstalten geschlossen seien, so treffe doch den Magistrat selbst die Schuld, da er bereits Anfang August die Schließung sämtlicher Heilstätten verfügt und die Armenärzte angewiesen habe, keine Kinder dorthin zu schicken. Zum mindesten sei zu verlangen, daß der Magistrat von solchen schwerwiegenden Maßnahmen der Armenverwaltung und den Stadtverordneten Kenntnis gegeben hätte.

Auch von bürgerlicher Seite wurde das Verfahren des Magistrats verurteilt, doch suchte man nach einer Schwächung des sozialdemokratischen Antrages; man wollte dem Magistrat nicht allzu wehe tun.

Die Magistratsvertreter suchten die Klagen dadurch zu entkräften, daß sie ausführten, sehr große Sparnisse seien nicht gemacht, auch befänden sich immer noch 200 Kinder in Heilstätten. Der Magistrat habe die Pflicht gehabt, die größte Sparsamkeit während des Krieges eintreten zu lassen. Es wurde dem entgegengehalten, daß in früheren Jahren je der Monat auch während des Winters 200—400 Anträge zur Erledigung gekommen seien und daß die Verfügung des Magistrats eine große Härte sei. Es handle sich um das Leben und die Gesundheit der Kinder unserer ärmsten Bevölkerung und jetzt müsse erst recht alles daran gesetzt werden, um diese jungen Menschenleben zu erhalten, wo durch den Krieg ungeheure Schäden gerissen werden.

Schließlich gelangte der Antrag unserer Genossen, welcher die Wiederaufnahme der Entsendung von Kindern nach der früheren

Anweisung verlangte mit der Abänderung zur Annahme, daß zunächst die Heilstätte Heinerdorf eröffnet und daß Kinder, welche an Blinnarmut, Rachitis, Strophulose usw. leiden, sofort aufgenommen werden.

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden für Berlin tritt am 1. Februar in Kraft.

Kriegsausgaben der Stadt Berlin.

Wie die Zahl der in Berlin unterstützten Familien von Kriegsteilnehmern dauernd gestiegen ist, im Dezember bis auf rund 82 000, so haben auch die für diese Zwecke zur Auszahlung gelangten Beträge eine verhältnismäßig noch stärkere Steigerung erfahren. Wie wir berichteten, betrug die im Dezember gezahlte Summe etwa 3,5 Millionen Mark. Danach dürfte der Bedarf für diese Aufwendungen — auf ein Jahr berechnet — den auf etwa dreißig Millionen Mark geschätzten Betrag noch überschreiten. Es treten hinzu die Unterhaltungen für die Familien der zu den Fronten einberufenen auf Privatdienstvertrag Angestellten und Arbeiter.

Was die Arbeitslosenunterstützung anbelangt, so erforderte diese in den ersten drei Monaten rund 1,2 Millionen Mark. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß zurzeit die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt außergewöhnlich günstig liegen. Ob trotzdem die Schätzungen, die auf einen durchschnittlichen Monatsbeitrag von einer halben Million Mark gingen, nicht überschritten zu werden brauchen, läßt sich noch nicht übersehen. Jedenfalls ist kaum anzunehmen, daß der Jahresbedarf unter der Schätzung bleiben wird.

Weiter schließen sich an die Kosten für Speisung Bedürftiger, die bis Anfang Januar nahezu eine halbe Million Mark erforderten, sowie die Kosten für die Schulspeisung. Hier belaufen sich die Mehraufwendungen in den Monaten August bis Dezember auf über 200 000 Mark. Während die Zahl der an Schulkinder verabreichten Mittagportionen in den Monaten August bis September 1913 733 900 betrug, hat diese Zahl für den gleichen Zeitraum im Jahre 1914 eine Steigerung auf 2 422 800 erfahren.

Ferner sind als Kriegsausgaben der Stadt zu erwähnen die Beteiligung an der Kriegsgeldverleihschaft, die Aufwendungen für die Flüchtlingsfürsorge, für die Sanitäts- und Kreditfürsorge, die Beihilfen für Dispenzen und Kriegskolonnen und dergleichen mehr.

Was schließlich die Stadt auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung geleistet hat, entzieht sich naturgemäß der Darstellung im einzelnen; doch erfordert diese Aktion einen Betrag, der sich dem größten Ausgabenposten an die Seite stellen läßt.

Keine Hebamme und kein Arzt!

Von der Not einer Schwangeren, die ihrer schweren Stunde entgegen, wird uns aus dem Osten der Stadt berichtet. Nach erfolglosem Versuch, eine Stadthebamme holen zu lassen, hatte die hilfslose Frau eine Fehlgeburt. Am Abend desselben Tages wurde eine andere Hebamme um einen Besuch gebeten, doch mußte diese nach Lage der Sache jetzt erklären, daß die Hinzuziehung eines Arztes geboten sei. Sie selber bemühte sich, einen Arzt herbeizurufen, sie hatte aber keinen Erfolg und kam dann gleichfalls nicht zuwege, weil beim Anrufer ein Krankenwagen Besorgung worden, der die Hilfsbedürftige an einen Arzt, als den derzeitigen Vertreter des Armenarztes, wies, zufällig an demselben Arzt, den am Abend die Hebamme anrief, aber nicht zu Hause traf. Auf dem Wege war bemerkt, daß der Obmann der zu behandelnden Frau im Kriege ist. Am Morgen des darauf folgenden Tages stand die Frau auf, wuschelte das tote Kind ein und trug es zu dem Arzt, der um diese Zeit seine regelmäßige Sprechstunde abhielt. Sie versichert, daß sie ihm den Zweck ihres Kommens mitgeteilt und auch den Krankenschein vorgezeigt habe, er aber habe geantwortet, jetzt sei er für Arme nicht zu sprechen. Nachdem sie die Anbescheid wieder mit nach Hause genommen hatte, ließ an demselben Vormittag zu ihrer Heberückung die zweite erwähnte Hebamme ihr melden, der Arzt sei jetzt zu sprechen, die Frau solle zu ihm kommen. Darauf trug sie das tote Kind nochmals zu ihm hin, und er befragte es mit dem Ergebnis, daß er es — so verstand die Frau — für eine Frucht von sechs Monaten erklärte. An ihr selber nahm er keine Untersuchung vor, und sie hat seitdem auch keinen Arzt weiter bemüht und ist dann wieder ihrer häuslichen Beschäftigung nachgegangen. Der ganze Verlauf der Sache — wenn er so war, wie er hier geschildert ist — steht sehr im Gegensatz zu den Erfordernissen der Schwangeren- und Wöchnerinnenfürsorge und gibt mancherlei zu denken. Im übrigen ist er uns ein Anlaß, erneut darauf hinzuweisen, daß gerade für die Kriegszeit besondere Vorkehrungen zur Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen getroffen worden sind. In den schon bestehenden Vereinigungen, die sich dieser Aufgabe widmen, kam nach Ausbruch des Krieges noch eine besondere von unseren Genossinnen geschaffene Organisation mit gleichem Zweck (Bureau: Engelauer 21). Bei rechtzeitiger Meldung hätten von dort aus Schritte getan werden können, sich der Schwangeren anzunehmen und ihr die notwendige Hilfe und Pflege zu sichern.

Von der Hoch- und Untergrundbahn.

Die Ausschiksbefehlenden der Hoch- und Untergrundbahn beschäftigen sich am Dienstag noch einmal eingehend mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen des Betriebes. Diese Ausschüsse, von denen viele ihren früheren Beruf infolge des Krieges aufgeben mußten, beklagen sich über die sehr minimale Bezahlung von 4 Mark pro Arbeitstag und über die Behandlung durch einzelne Aufsichtsbeamte. Weiter wird über den Dienst geklagt, der des öfteren zerrissen ist und den Bediensteten nicht einmal Zeit zum Essen, geschweige denn zum Besichtigen der Rouburk läßt. Bei einer Arbeitszeit von 10 bis 10½ Stunden und noch mehr ist es schwer möglich eine Pause von 1/2—3/4 Stunde zu erhalten, obwohl der Dienst sehr anstrengend ist und alle Bedenken zusammen genommen werden müssen.

Durch das Steigen der Preise für Lebensmittel und alle Verbrauchsartikel ist es dem Ausschiksbefehlenden nicht möglich, sich die Ernährung angeeignet zu lassen, die der sehr anstrengende Dienst erfordert. Sie beauftragten die Organisation der Transportarbeiter mit der Wahrung ihrer Interessen und faßten einstimmig folgenden Entschluß:

Resolution.

Die heute am 10. Januar 1915 in der Anhaltischen Restourcelagende Versammlung des Ausschiksbefehlenden der Berliner Hoch- und Untergrundbahn sind nach eingehender Beratung dazu gekommen, der berechtigten Betriebsverwaltung genannten Betriebes nachfolgende Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzuschlagen:

- a) Ein Mindestlohn von 5 Mark pro Tag für alle Dienstgruppen.
- b) Gewährung freier Tage wie den Angestellten unter Bezahlung.
- c) Wird am freien Tage Dienst getan, dann extra Bezahlung.
- d) Bezahlung der Ueberstunden (von 30 Minuten an) mit 60 Pf. pro Stunde.
- e) Regelung der Arbeitszeit inkl. Pausen.
- f) Abschaffung der Reinigungsarbeiter.
- g) Bessere, menschenwürdige Behandlung seitens der Aufsichtsbeamten.

